

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 01.03.2011

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 21:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertreter für Frau Raab
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

Es fehlen:

Frau Katja Raab	FDP	Vertreter: Herr Dr. Wöllenweber
Herr Torsten Bau	SKE	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 14.12.2010, 18.01.2011 und 01.02.2011
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 (zweite Lesung)
Vorlage: V/2010/09413
 - 4.1.1 Änderungsanträge des Stadtrates Oliver Paulsen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 - hier: Haushaltskonsolidierungsmaßnahme IV/128(Vorlagen-Nr.: V/2010/09413)
Vorlage: V/2011/09586
 - 4.2. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011)
Vorlage: V/2010/09392
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09448
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kogge bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4.2 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011) Vorlage: V/2010/09392 von der Tagesordnung zu streichen.

- einstimmig angenommen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 14.12.2010, 18.01.2011 und 01.02.2011

Herr Schachtschneider bittet um eine Entscheidung zur Verfahrensweise bezüglich des Protokolls. Er bittet darum, künftig Änderungswünsche vor der Sitzung an die Verwaltung zu senden, damit die Niederschrift entsprechend geändert, bzw. allen Ausschussmitgliedern die Änderungswünsche zugesandt werden können.

Niederschrift 14.12.2010

Keine Änderungen

Niederschrift 18.1.2011

Herr Paulsen bittet um eine Änderung auf S. 15. Es muss heißen: „der Antrag enthält keine finanziellen Verpflichtungen und er bittet um Abstimmung des Antrages“ weiterhin bittet er darum, den Zeitpunkt des Verlassen des Raumes zu tauschen.

Herr Marquardt verweist auf seine an Hr. Schachtschneider schriftlich übergebenen Änderungswünsche.

Herr Paulsen bittet darum, die Änderungen allen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Bergner stellt einen Geschäftsordnungsantrag, dass die Sitzungen mitgeschnitten werden sollen.

Herr Paulsen vertritt die Meinung, dass es kein Geschäftsordnungsantrag ist, denn es geht nur um die Verfahrensweise.

Herr Kogge verweist auf die technischen Probleme einer solchen Verfahrensweise und sie würde die Abstimmung für das Protokoll nur bedingt erleichtern.

Herr Schachtschneider betont, dass ein neues Verfahren eindeutig sein müsse und keine Interpretationen zulassen dürfe, er bittet Herrn Marquardt, seine Änderungen und Ergänzungen zum Protokoll zu verlesen.

Herr Marquardt verliest seinen Redebeitrag – er bittet darum, es im Protokoll entsprechend zu ändern, ebenso bittet er um Ergänzung auf S. 8, S. 17 und 18

Es folgt der Redebeitrag von Herrn Marquardt:

S. 7, 2. Absatz ändern in:

„Herr Marquardt kann dieser Vorlage nicht zustimmen, da aus seiner Sicht der Elternvertreter der Jägerplatzschule gut nachvollziehbar dargelegt hat, dass die Unterschreitung der Mindestzahl an Schülern durch das Landesverwaltungsamt zu verantworten ist. Bei ordnungsgemäßer Zuweisung wäre die Auslastung gewährleistet. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Förderschullandschaft der Stadt Halle weist er darauf hin, dass er Herrn Riethmüller in der Dezember-Sitzung gefragt hatte, wie viele Lehrerstellen das Land den Schulen der Stadt Halle für den Integrativen Unterricht zugewiesen hat. Diese Frage wurde trotz Nachhakens von Herrn Lange nicht beantwortet. Vermutlich deshalb, weil es bisher keine einzige zusätzliche Stelle gibt. Hinzu kommt, dass die entsprechende Fortbildung der Lehrer der allgemeinbildenden Schulen gerade erst begonnen hat. Die MLU wird entsprechend der gerade abgeschlossenen Zielvereinbarung zur Lehrerbildung frühestens ab dem nächsten Studienjahr der Erwerb von Kompetenzen in Förder- und Integrationspädagogik für alle Lehramtsstudierenden verbindlich einführen. Von daher stehen die personellen Ressourcen gar nicht zur Verfügung, um den integrativen Unterricht mit der entsprechenden Qualität kurzfristig einführen zu können.

S. 17 1. und 2. Absatz ändern in: *Herr Marquardt möchte zunächst wissen, welche Aussagen es konkret von den Landkreisen zur Neugründung von Förderschulen gibt.*

Herr Marquardt fragt sodann nach der seit November ausstehenden Antwort auf seine Anfrage zur Neugründung einer Internationalen Schule in Halle nach. Zudem bittet er um die Beantwortung seiner im Vorfeld per Email schon zugearbeiteten Fragen zum „Wirtschaftlichkeitsgutachten zur Sanierung und Bewirtschaftung der Integrierten Gesamtschule Halle, GS Heiderand und SKS Johann Christian Reil“.

S. 18., 10. Absatz ändern in:

Herr Marquardt bemängelt, dass das Gutachten beim privaten Betreiber für den Bau sog. projektspezifische Anpassungen vorsieht (z.B. Pumpen anstelle von Zisternen), während das bei der öffentlichen Maßnahme nicht geschieht. Die baulichen Änderungen gegenüber der öffentlichen Variante schlagen sich sodann auch noch im Betrieb zugunsten des privaten Betreibers nieder. Er möchte wissen, ob die private Billig-Variante mit den Schuldirektoren abgestimmt wurde.

Herr Hildebrand antwortet...

Herr Marquardt antwortet, dass jedenfalls an der IGS nach seine Kenntnis die bei der privaten Realisierung vorgesehenen Einsparmaßnahmen nicht mit deren Direktor Herrn Paschkowski abgesprochen wurden, der somit vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Das ist nicht akzeptabel

Im Protokoll fehlt außerdem noch die auf Seite 17 zugesagte Anlage mit den Antworten aus dem Bau- und Vergabeausschuss.“

Herr Strech unterbreitet den Vorschlag, künftig die Entwürfe des Protokolls an alle Mitglieder zu senden, die Änderungswünsche laufen bei Herrn Schachtschneider zusammen.

Herr Kogge, lehnt diesen Vorschlag ab, da dann viele Protokollfassungen abgeglichen werden müssten, was nicht machbar wäre.

Herr Paulsen bittet, die Diskussion über die generelle Protokollführung zu beenden.

Frau Stahs bittet um Nachtrag ihres Namens in die Anwesenheitsliste 18.1.2011

Niederschrift 1.2.2011

Herr Paulsen fragt, ob Herr Zschocke tatsächlich Protokollführer bei dieser Niederschrift war.

Herr Schachtschneider bestätigt, dass Herr Zschocke am 1.2.2011 Protokollführer war. Er fragt an, ob Einwände bestehen, dass Frau Bauer heute die Protokollführung übernimmt.

Es gibt keine Einwände

- einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 (zweite Lesung) Vorlage: V/2010/09413**

Besprochen werden zuerst allgemeine, grundsätzliche Fragen.

Herr Kogge informiert, dass es zwei Austauschblätter gibt, die in der letzten Sitzung ausgegeben wurden. Eine Änderung ist haushaltsneutral und betrifft nur Verschiebungen zwischen UA, die zweite betrifft den UA Franzigmark.

Frau Quilitzsch erläutert diese Änderungsblätter zur Franzigmark. Es waren Kosten für ZGM und Betriebskostenzuschuss geplant. Nach dem Beschluss vom 1.2.1011 können Änderungen nur noch im Rahmen der Ausschüsse eingebracht werden.

Herr Bauersfeld bemängelt, die Daten vom ZGM erst heute bekommen zu haben. Er hat festgestellt, dass es Differenzen zwischen den Daten im Haushaltsplan und denen vom ZGM gibt. Es fehlen für das ZGM 3,5 Mio. €. Er empfindet es als erforderlich, jede Schule einzeln aufzuführen, um die erforderliche Transparenz zu gewährleisten.

Herr Bielecke erläutert den Unterschied zwischen Haushalt und den tatsächlichen Zahlungen, die beim ZGM eingehen. Diese Zahlen ergeben sich aus den Nutzungsvereinbarungen, im Haushalt sind andere Positionen enthalten, insofern gibt es Differenzen. Es sind die Zahlen enthalten, die durch die Inanspruchnahme von Flächen zustande kommen.

Herr Bauersfeld fragt speziell nach dem UA 2110, in dem alle Grundschulen zusammengefasst sind. Die Bewirtschaftungskosten ZGM liegen bei 3,5 Mio. €, lt. Haushaltsplanansatz, obwohl das ZGM 5,0 Mio. für Serviceentgelte und Reinigung ausweist.

Frau Quilitzsch erklärt, dass zu dieser Summe 3,5 Mio. € Bewirtschaftungskosten noch 1,5 Mio. € für Unterhaltung bauliche Anlagen dazugerechnet werden muss, das ergibt die 5 Mio. €

Herr Schachtschneider fragt nach, wie viel Geld tatsächlich für die Bauunterhaltung ausgegeben wird.

Herr Bielecke kann diese Auskunft nicht geben. Für die bauliche Unterhaltung stehen 3,5 Mio. € für alle städtischen Gebäude zur Verfügung, aus denen in starkem Maße unvorhersehbare/unabweisbare Kosten zu tragen sind, diese Kosten können nicht schulkonkret bzw. UA-konkret geplant werden.

Herr Kogge merkt an, dass dies sehr zum Nachteil der Schulen ist.

Herr Senger bemängelt den Termin der Zustellung der Zahlen. Er fragt nach, warum Gebäude gereinigt werden, die nicht benutzt werden. Auf S. 3 ist das Gebäude der ehem. Außenstelle Thomas-Münzer-Gymnasium aufgeführt. Er fragt, ob dort Reinigungskosten angefallen sind.

Herr Bielecke erklärt, dass in den Unterlagen der Planansatz 2010 abgebildet ist, das IST 2010 ist erst im Plan 2012 erkennbar. Es werden jeweils nur die Leistungen abgerechnet, die auch erbracht werden. Zum Sachverhalt wird eine konkrete Antwort nachgereicht.

Herr Senger fragt nach den Unterschieden in der Grundfläche bei baugleichen Schulen. Weiterhin fragt er, warum die Jägerplatzschule nicht geplant ist.

Herr Bielecke begründet Unterschiede bei den Kosten mit unterschiedlichem Reinigungsaufwand der Gebäude

Frau Quilitzsch ergänzt, dass der Unterschied durch die tatsächlich genutzten Flächen zustande kommt. Die Finanzmittel für die Jägerplatzschule sind im UA 2700 für 12 Monate geplant.

Der Verwaltungshaushalt wird UA für UA aufgerufen

UA 2000, S. 355

Herr Bauersfeld: Die Unterhaltung der Grundstücke ZGM ist zu finden, es stehen dort Bewirtschaftungskosten in Höhe von 78.000 €.

Frau Quilitzsch erklärt, dass das Blatt vom ZGM nicht das Objekt Kaulenberg 4, in dem die Schulverwaltung arbeitet, enthält. Die 78 T€ betreffen die Zentralwerkstatt in der Frohen Zukunft.

Herr Kogge bekräftigt, die Blätter die vom ZGM zugesandt wurden, enthalten nur die Schulen ohne Verwaltungsgebäude.

Herr Bauersfeld fordert hierzu gemäß Ratsbeschluss eindeutige Unterlagen, für ihn sind die Listen des ZGM nicht eindeutig.

Herr Bielecke erklärt, dass es eine Forderung des Rates nach der Einzeldarstellung der Schulen gab, nicht für jedes Verwaltungsobjekt.

Herr Bauersfeld fordert Unterlagen, mit denen man anständig arbeiten kann. Er findet die Umbenennung gleicher Inhalte nicht gut.

Frau Quilitzsch erklärt, dass die Erklärung zu den Begriffen Serviceentgelt und Unterhaltung baulicher Anlagen im Haushaltsplan auf S. 170 enthalten ist.

Frau Dr. Sitte kann die Summen nicht nachvollziehen, da sich die Kostenbestandteile im Haushaltsplan geändert haben, sehr zum Nachteil der Transparenz ist, dass dies häufiger geschieht und wohl 2012 mit Einführung der Doppik nochmal zu erwarten ist.

Herr Bielecke erklärt, dass das ZGM nach HGB „Wirtschaftseinheiten“ plant und bewirtschaftet. Wird ein Objekt zwischenzeitlich anders genutzt, kann es in verschiedenen UA auftauchen. Für jedes Objekt/Wirtschaftseinheit kann bei Bedarf die Kostenentwicklung in einer Zeitreihe vorgelegt werden. Das ist ein anderes Herangehen, als das der Kämmerei bei der Bewirtschaftung im Haushalt, bei dem die Objekte nach tatsächlicher Nutzung zugeordnet werden.

Herr Senger merkt an, dass ihn die Namensgebung der Titel irritiert, insbesondere beim Begriff: Unterhaltung der baulichen Anlagen.

Herr Schachtschneider schlägt vor, dass diese Anmerkungen an den Finanzausschuss gegeben werden, denn die Begriffe kommen von der Kämmerei.

Herr Kogge erklärt, wenn die Aufgaben sich verändern, ändern sich auch die Kosten und somit die Kostenstellen. Es ist richtig, es gibt eine Nichtvergleichbarkeit. Er sagt, dass einige Fragen hier beantwortet werden können, jedoch nicht alle. Er erklärt, dass es eine längere Diskussion mit der Kämmerei gab, die Darstellung der einzelnen Schulen wird auch 2012 unabhängig von der eigentlichen Haushaltvorlage separat vorgelegt.

Herr Bauersfeld ist der Meinung, dass sich durch die Doppik die Zahlungsströme für die Schulen nicht ändern, es muss jede Schule einzeln abgearbeitet werden. Es muss eine Darstellung erstellt werden, in der man mit wenig Zeitaufwand die Entwicklungen objektkonkret erkennen kann.

Herr Bielecke sagt auch künftig die schulgebäudekonkrete Darstellung zu.

UA 2111, Grundschulen PPP

Herr Bauersfeld ist aufgefallen, dass die „PPP-Rate“ auch nicht die Zins- und Tilgungsraten wiedergibt.

Frau Quilitzsch erklärt, dass es einen Verweis auf die Seiten im Vermögenshaushalt zu Zins und Tilgung gibt.

Herr Paulsen fragt nach den Auswirkungen der neuen Fenster auf die PPP-Rate.

Herr Kogge entgegnet, dass die Antwort nachgereicht wird.

Herr Schachtschneider fragt bei den PPP-Schulen nach dem hohen Betrag bei den Sportausgaben.

Frau Quilitzsch erklärt, dass es dort noch eine Verschiebung zwischen verschiedenen Unterabschnitten für normale Grundschulen und PPP-Grundschulen gibt, denn im Vorjahr waren einige Schulen noch keine PPP-Schulen, deshalb kommt es zu diesen Abweichungen im Schulsport. Für Schulschwimmen war 2010 erstmals eine Zahlung an die Bäder GmbH erforderlich.

Herr Kneissl fragt nach den Unterschieden bei den Fernmeldegebühren. Er fragt nach den Möglichkeiten der Vertragsgestaltung für die einzelnen Schulen.

Frau Quilitzsch erläutert, dass die Schulen über die Tarife informiert sind und das Schulverwaltungsamt Tarifempfehlungen ausspricht. Der Schulleiter wählt den konkreten Tarif individuell nach dem Bedarf der Schule aus.

Herr Kogge wird diese Unterschiede prüfen, um eine konkrete Antwort im nächsten Bildungsausschuss geben zu können.

UA 2120 Sekundarschulen

Herr Bauersfeld möchte wissen, was sich hinter dem Begriff Wartung Hard- und Software verbirgt.

Frau Quilitzsch erklärt wie folgt:

Kostenstelle 5290 sind die Reparaturen der Schulcomputer, Kostenstelle 5770 sind die Jahresupdates für Software.

Herr Bauersfeld möchte wissen, wie die Internetauftritte der Schulen gepflegt/bezahlt/erstellt werden. Er regt ein einheitliches Grundgerüst für alle Schulen an.

Herr Paulsen findet, es ist wichtig, dass sich die Schulen im Internet darstellen können. Vielfach wird der Internetauftritt der Schulen durch die Schüler und Lehrer erstellt und gewartet.

Frau Quilitzsch erläutert, dass im SVA ein MA für Schulen beratend bereitsteht. Die Schulen sind für ihre E-Mail Erreichbarkeit über den Landesbildungsserver vernetzt. Eigene Intranet-Anwendungen auf Schulebene gibt es nicht, lediglich schulinterne Netze. Die Schulsekretariate werden schrittweise mit dem städtischen Intranet verbunden. Der Datenschutz wird dabei gewährleistet.

Frau Stahs möchte den Unterschied der Begriffe Raumausstattung bzw. Einrichtung wissen. Ebenso möchte Frau Stahs wissen, warum „Klimaschutz macht Schule“ mit 0 € geplant ist.

Frau Quilitzsch erklärt, dass z.B. die Überprüfung der Feuerlöscher Raumausstattung ist, Möbel fallen unter Einrichtung. Die Haushaltsstelle „Klimaschutz macht Schule“ war in der Vergangenheit bewirtschaftet und bleibt auch erhalten, obwohl im Moment keine Mittel eingeplant sind. Bei Bedarf kann diese Haushaltsstelle wieder beplant werden.

Herr Schachtschneider fragt, warum die Kosten für Lehr- u. Unterrichtsmittel gesunken sind.

Frau Quilitzsch antwortet, dass nach dem von den Schulen gemeldeten Bedarf geplant wird und nur diese Mittel angemeldet waren.

UA 2121 Sekundarschulen PPP

Herr Senger fragt nach der Position Dienstreisen.

Frau Quilitzsch antwortet, dass dieser Posten die Dienstfahrkarten für die Schulsekretärinnen für Dienstgänge beinhaltet.

UA 2302 Schule 2. Bildungsweg

Herr Senger fragt nach der Position Versicherung.

Frau Quilitzsch erklärt, dass es sich um die Unfallversicherung für Schüler handelt, diese ist Pflicht.

UA 2410 Max Eyth/Gutjahr

Herr Bauersfeld fragt nach den Ausgaben „Erstattung an andere Gemeindeverbände“, die in diesem UA 2410 erscheinen.

Frau Quilitzsch erklärt, dass es sich um Gastschulbeiträge für hallesche Schüler handelt, die nach Festlegung durch die Kämmerei nur unter dem ersten UA geplant wurden. Diese Kosten sind nicht konkret einzelnen Schulen zuordenbar.

Herr Senger ist der Meinung, dass diese Ausgaben der Verwaltung zugeordnet werden sollten und nicht der Berufsschule.

UA 2420

Herr Senger fragt, warum kein Schulsport in diesem UA geplant ist.

Frau Quilitzsch erklärt, dass die eigene Turnhalle genutzt wird und deshalb keine Extrakosten anfallen.

Herr Senger fragt, was im Jahr 2010 war.

Frau Quilitzsch sagt eine Information über den Schulsport für das Protokoll zu.

UA 2700 FöSch Lernbehinderte

Frau Meisner bittet um Korrektur, es waren nicht 78 Schüler, sondern über 90 Schüler.

Das Austauschblatt wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

UA 2900 – Schülerbeförderung

Frau Dr. Bergner fragt, nach dem IST 2010 für die Schülerbeförderung. Ebenso möchte sie wissen, ob in diesen Zahlen die neue Satzung bereits berücksichtigt ist.

Herr Kogge informiert, dass die Planung den neuen Preis der Schülerfahrkarte (Angebot der HAVAG 299 €) berücksichtigt, die Satzung und die Änderungen im SGB II sind noch nicht explizit berücksichtigt.

Frau Quilitzsch: Das IST für das Jahr 2010 beträgt 2.378.057,59 €.

Herr Paulsen ist der Meinung, wenn ohne Kenntnis der Satzung Kürzungen beschlossen werden, könnte man in Zugzwang kommen. Er blickt nach Leipzig, wo der Preis der Karte noch viel geringer ist. Es muss dringend daran gearbeitet werden, dass dieser Preis noch weiter gedrückt wird, um in den Bereich des Leipziger Preises (102 €) zu kommen. Er fragt, wann diese Vorlage zur Satzungsänderung eingebracht wird. Ihn interessiert weiterhin, ob die Stadt vorschlagen wird, die Schüler freier Träger nicht mehr zu befördern.

Herr Kogge informiert, dass zum einen Sachsen und Sachsen-Anhalt verschiedene Schulgesetze haben, der Leipziger Preis der Schülerkarte konnte bei der Gründung des MDV anderes eingebracht werden. Es war eine lange und schwere Verhandlung mit der HAVAG für das jetzige Angebot, auch Magdeburg habe eine preiswertere Karte. Es muss noch intern in der Verwaltung geklärt werden, wie nach der Schulgesetzänderung mit der Problematik der freien Träger umgegangen wird. Der Entwurf der neuen Satzung kommt im April.

Herr Paulsen findet, dass die Ländergrenze egal ist. Er bittet zu berücksichtigen, dass es keine neue freiwillige Leistung sein wird, die Schüler der freien Träger zu befördern. Die Schüler der freien Träger (außer die der Waldorfschule) wurden auch bisher auf freiwilliger Basis mit Schülertickets ausgerüstet. Er möchte wissen, wie viele Schüler der freien Träger eine kostenlose Schülerfahrkarte bekommen, er bittet um eine Auflistung nach Schulen.

Herr Kogge sagt dies für die nächste BA Sitzung zu.

Herr Lange kommt 18:40 Uhr zur Sitzung.

Herr Senger: Der Stadtelternrat hatte bereits einmal einen Vorschlag gemacht, es sollten so viele Schüler wie möglich in den Genuss eines kostenlosen Tickets kommen, bei gleichen Kosten für die Stadt. Er möchte wissen, warum man von diesem Weg abgewichen ist.

Frau Dr. Bergner beantragt, die Debatte über die Schülerbeförderungssatzung abubrechen.

Abstimmung zu den UA VWH gesamt:

Ja- Stimmen	8
Nein-Stimmen	
Enthaltungen	2

Vermögenshaushalt

UA 2110

Herr Paulsen fragt nach der Brandschutzliste, diese sollte in der heutigen Sitzung vorgestellt werden.

Herr Kogge informiert, dass die Präsentation der Brandschutzliste im nichtöffentlichen Teil erfolgen wird.

Frau Dr. Bergner fragt zum UA 2110 GS, ob für die Auenschule jetzt nichts mehr gemacht wird und warum die GS Frohe Zukunft jetzt ganz vorn auf der Liste ist. Frau Dr. Bergner möchte wissen, ob ein Antrag gestellt werden muss, wenn die Priorität geändert werden soll.

Für **Herrn Lange** ist es schwer nachvollziehbar, wieso sich die Prioritäten ändern. Es wurde gekämpft, dass die Auenschule mit auf die Liste kommt. Er möchte wissen, welche Liste zu Grunde gelegt wurde.

Herr Kogge teilt mit, dass sich an der Prioritätenliste des Dezernates nichts geändert hat, er geht von der Gültigkeit des Ratsbeschlusses aus 2007 aus. Im Plan 2011 konnten jedoch nicht alle Vorhaben aus der Prioritätenliste Schule aufgenommen werden, bestimmte Vorhaben anderer Dezernate wurden in den Vermögenshaushalt 2011 aufgenommen, so dass Schulen in der Priorität dieses Haushaltes nach hinten gerutscht sind. In der Plananmeldung des Amtes 40 waren alle Schulen enthalten, es konnten aber auf Grund des begrenzten finanziellen Spielraums nicht alle 2011 aufgenommen werden, daraus resultieren nun zeitliche Verschiebungen.

Herr Lange würde gern diese Gesamtliste der Prioritäten der Stadt haben.

Herr Kogge erklärt, dass dies aus den Vorhaben im Vermögenshaushalt-Ansatz erkennbar ist, dazu sollte Herr Geier im Finanzausschuss befragt werden, letztlich beschließt der Rat den Vermögenshaushalt.

S. 944 Haushaltskonsolidierung

Herr Paulsen fragt nach dem Posten Reduzierung der Förderschullandschaft, sollte es nicht heißen „Gastschulbeiträge aus Schulträgervereinbarung“?

Herr Kogge informiert, dass dazu ein Antrag gestellt werden muss.

Herr Paulsen stellt den Antrag:

Streichen der Bezeichnung „Reduzierung der Förderschullandschaft“

Einfügen : „Gastschulbeiträge aus Schulträgervereinbarung“

Abstimmung:

Ja- Stimmen **10**

Nein-Stimmen

Enthaltungen **1**

Herr Paulsen fragt nach der im Stadtrat vorgelegten Liste der Verwaltung zu den weiteren Konsolidierungsvorschlägen. Ihm fehlt die Untersetzung der Position „Verringerung der Sachausgaben“.

Herr Kogge erläutert, dass diese Reduzierung von 1 Mio. € durch das gesamte D IV erbracht werden soll. Für das Schulverwaltungsamt sei relevant eine Einnahmeerhöhung durch die Vereinsnutzung der Schulturnhallen. Diese Einnahme muss da abgebildet werden, wo auch die Ausgabe zugeordnet ist, das ist sachlich das SVA.

Herr Paulsen merkt an, die Vereine produzieren Kosten, diese Kosten werden vom Bereich Schule getragen. Diesen Kosten stehen bisher keine Einnahmen gegenüber.
Da die Turnhallen nach Landesrecht kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen, wäre nur eine freiwillige Abgabe möglich.

Herr Kogge informiert, dass darüber die OB mit dem Stadtsportbund in Verhandlungen treten wird, ob damit dieses Ziel auch erreicht wird, ist noch offen.

Herr Paulsen äußert die Befürchtung, dass bei Mindereinnahme andere Ausgabekürzungen erfolgen müssten.

Herr Kogge entgegnet, dass diese Befürchtung unberechtigt ist.

Herr Dr. Wöllenweber findet die Aussage nicht befriedigend. Die Erklärung wäre schriftlich gut gewesen, um den Vorschlag der Verwaltung zu verstehen und um als Stadtrat letztlich entscheiden zu können.

Herr Lange: mit dem Haushaltsplan wird entschieden, was demnächst erledigt werden wird. Er fragt zum UA 2951, Franzigmark: Was ist jetzt durch die geplanten Ausgaben abgedeckt? Die Franzigmark ohne Ökoschule oder Franzigmark incl. Ökoschule? Was ist in der angemeldeten Summe in Höhe von 57.000 € enthalten?

Frau Quilitzsch antwortet, dass sowohl der Zuschuss an den BUND als auch die Sachkosten für die Ökoschule weiterhin im Haushalt der Stadtverwaltung eingestellt sind.

Herr Kogge antwortet, dass in den 57 T€ die gesamten Kosten enthalten sind, er wird sich jedoch noch konkret dazu bei Herrn Hildebrand erkundigen und im Hauptausschuss am 23.3.2011 kann dazu Auskunft gegeben werden.

Herr Paulsen ist der Meinung, dass er bei dieser Unklarheit nicht über den Haushalt abstimmen kann.

Herr Marquardt meint, dass mit den Änderungsblättern bereits eine Reduzierung erfolgt ist.

Frau Quilitzsch erklärt den neuen Ansatz nach Änderung:

5.500 € ZGM für 3 Monate,

4.800 € Betriebskosten ZGM für 3 Monate,

3.500 € Sachausgaben Ökoschule,

300 € Fernmeldeentgelt für 3 Monate,

43.200 € (ab 1.4.2011) Betriebskostenzuschuss an neuen Träger.

Es gibt den Vorschlag, dass der BUND der Stadt die in 2011 angefallenen Bewirtschaftungskosten für die Ökoschule in Rechnung stellt. Die Zahlung würde dann 2012 erfolgen.

Herr Lange: Der BUND würde die Ökoschule bewirtschaften und erst im Nachhinein das Geld erhalten, er müsste also in Vorkasse gehen. Die Bewirtschaftungskosten fallen auch 2011 an. Wieso spiegelt sich das nicht im Haushalt wieder? Er hält diese Verfahrensweise für sehr abenteuerlich. Er hat nach dem letzten Hauptausschuss damit gerechnet, dass die Beigeordneten ein Ergebnis präsentieren.

Herr Kogge erklärt, dass es im nächsten Hauptausschuss eine neue Vorlage geben wird, das war der Auftrag.

Herr Dr. Diaby war der Meinung, dass diese Vorlage im Stadtrat war.

Herr Kogge erklärt, dass die Vorlage nach dem Hauptausschuss von der Tagesordnung des Stadtrates genommen wurde.

Herr Lange ist der Meinung, dass dieser Sachverhalt geklärt sein müsste, da die Unterlagen in der nächsten Woche verschickt werden müssen. Er gibt den Hinweis, dass es jetzt nur noch 20 % der bisherigen Kosten geplant werden, es wurden extreme Einsparungen durch die Ausschreibung und Vergabe erzielt.

Abstimmungsergebnis: Es erfolgte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Abstimmung Haushalt, incl. Änderungsblätter (in der Zuständigkeit des Bildungsausschusses)

Änderungsblätter UA 2159

6 x Ja- Stimmen
2 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**

Änderungsblätter UA 2000,2110,2111,2120,2121,2300,2301,2302, 2303,2410,2413,2416,2418,2420,2700,2701,2702,2703,2810,2811,2812,2950,2951,2956,59 00

7 x Ja- Stimmen
0 x Nein-Stimmen
2 x Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**

Verwaltungshaushalt

5 x Ja- Stimmen
1 x Nein-Stimmen
3 x Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**

Vermögenshaushalt

6 x Ja- Stimmen
1 x Nein-Stimmen
2 x Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**

Haushaltskonsolidierung incl. Änderung Herr Paulsen

Die Haushaltskonsolidierungsmaßnahme IV/128 erhält die Bezeichnung „Gastschulbeiträge aus Schulträgervereinbarung“. Die alte Bezeichnung „Reduzierung der Förderschullandschaft“ wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis

6 x Ja- Stimmen

0 x Nein-Stimmen

3 x Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag: in geänderter Form

1. Der Stadtrat nimmt die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kenntnis und verweist sie in die Fachausschüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen in den Fachausschüssen Vorschläge zu bringen, damit der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 31,8 Mio. € um 12,3 Mio. € auf 19,5 Mio. € (gemäß Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung 2010) gesenkt wird.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis.

**zu 4.1.1 Änderungsanträge des Stadtrates Oliver Paulsen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 - hier: Haushaltskonsolidierungsmaßnahme IV/128 (Vorlagen-Nr.: V/2010/09413)
Vorlage: V/2011/09586**

Abstimmungsergebnis:

6 x Ja- Stimmen

0 x Nein-Stimmen

3 x Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltskonsolidierungsmaßnahme IV/128 erhält die Bezeichnung „Gastschulbeiträge aus Schulträgervereinbarung“. Die alte Bezeichnung „Reduzierung der Förderschullandschaft“ wird gestrichen.

**zu 4.2 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011)
Vorlage: V/2010/09392**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschläge:

1. Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs - und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 zu. (Anlage 2; Punkt 2)
2. Der Stadtrat stimmt den Planungsgrundsätzen für das Jahr 2011 zu. (Anlage 2; unter Punkt 4)
3. Der Stadtrat nimmt die geplanten Standortveränderungen bzw. -erweiterungen zur Kenntnis (Anlage 2; Punkt 3).
4. Der Stadtrat nimmt den Entwicklungsbericht Kindertagesstätten zur Kenntnis. (Anlage 1)
5. Für die im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen wird die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG (Personal- und Sachkosten auf Grund der Ist-Belegung) im Haushalt 2011 sichergestellt. (Anlage 3).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09448**

Herr Paulsen findet es ist wichtig, an dem Thema dranzubleiben. Die Stadt soll den Anschluss an die technische Entwicklung nicht verlieren. Er bittet um Prüfung, inwieweit die Stadtwerke bei dem Ausbau des Breitbandnetzes einbezogen werden können. Es ist wichtig, dass Halle, als Stadt der Bildung, eine gute Infrastruktur vorhält. Er bittet, dieser Zielstellung zuzustimmen.

Herr Schachtschneider kann diesen Antrag unterstützen

Herr Lange ist der Meinung, dass dieser Antrag eigentlich bereits in der Umsetzung ist. Von Seiten der Stadtwerke ist bereits die Entscheidung getroffen worden, sich nicht in diesem Bereich zu engagieren. Die Stadtwerke sollen andererseits die Verluste der HAVAG ausgleichen, was den finanziellen Spielraum begrenzt.

Herr Dr. Diaby erklärt, dass alle wissen, dass es in Teilen der Stadt Probleme gibt. Auch er sieht diesen Antrag als erledigt an, da es bereits einen ähnlichen Antrag zu Breitbandzielen gibt. Diesem Antrag sollte nicht zugestimmt werden.

Herr Paulsen sieht den Antrag als Ergänzung zu dem Weg, auf dem sich die Stadt bereits befindet. Er ist der Meinung, dass es für die Stadtwerke doch kein Zuschussgeschäft wäre, sondern ein neues Geschäftsfeld, zumal ja lediglich ein Prüfauftrag erteilt werden soll.

Frau Dr. Radig erklärt, dass der Prüfauftrag bereits in die Wege geleitet ist, der Antrag kann damit als erledigt angesehen werden, wie Dr. Diaby sagte.

Herr Kogge erklärt, dass es bereits eine Aufstellung pro Schule gibt, was gemacht werden muss. Das Problem ist erkannt und er gibt gern einen Zwischenstand zur nächsten Sitzung, was bereits erledigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

4 x Ja-Stimmen
5 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung - mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zu dem in der Breitbandstrategie der Bundesregierung festgeschriebenen Ziel, bis 2014 für einen Großteil der Haushalte Breitbandkapazitäten von 50 MBit oder mehr erreicht zu haben. Die flächendeckende Umsetzung in der Stadt wird angestrebt. Dazu wird regelmäßig der erreichte Ausbaugrad erhoben und der Öffentlichkeit mitgeteilt.
2. Die Stadtverwaltung Halle wird entsprechend damit beauftragt, sich im Rahmen der Breitbandstrategie kontinuierlich sowohl um die Einwerbung von Fördermitteln zu bemühen als auch um die Teilnahme an Pilotprojekten zu bewerben.
3. Die Stadtverwaltung Halle wird damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zu prüfen, ob nicht auch in Halle die Stadtwerke den Ausbau von Breitbandzugängen unterstützen oder selbst durchführen können. Prüfbericht und gegebenenfalls konkrete Handlungsempfehlungen sind bis zum Ende des 3. Quartals 2011 vorzulegen.

Die sachkundigen Einwohner bemängeln, dass sie diese Liste nicht erhalten haben.

Herr Schachtschneider bittet, wenn die KII-Liste im Stadtrat ausgereicht wird, soll diese auch an die sachkundigen Einwohner, zusammen mit der Einladung, verschickt werden.

Herr Kogge wird diese Bitte an die Geschäftsstelle Stadtrat weiterleiten.

Herr Paulsen bittet darum, in der Einladung zu vermerken, welche vorhandenen Unterlagen zur Ausschusssitzung mitgebracht werden sollen.

Saline-Konzept

Herr Böhnke stellt das Saline-Konzept in Form einer Power-Point-Präsentation vor.

Herr Paulsen und Herr Lange bitten darum, das Konzept finanziell zu untersetzen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dr. Diaby fragt nach dem Erdloch in der Dürerschule und nach den Plänen. Weiterhin fragt Herr Dr. Diaby nach der angekündigten Begehung.

Herr Krüger informiert, dass die Begehung am 2.3.2011 stattfindet, das Bergbaugutachten liegt bereits vor.

Herr Bielecke informiert, dass dieser Bereich nicht mehr genutzt werden sollte, denn es kann keine Garantie abgegeben werden, dass nicht wieder etwas passiert. Das Erdloch kann nach derzeitigen Möglichkeiten nicht verfüllt werden. Es wird eine großflächige Absperrung erforderlich sein.

Herr Kogge bittet darum, die Hortleitung zu beteiligen.

Herr Dr. Diaby bittet darum, den Schulelternrat mit einzubeziehen.

Herr Dr. Diaby fragt nach der geplanten Vorgehensweise zum Bildungspaket.

Herr Kogge informiert, dass es eine Analyse geben wird, welche Kosten und welche Leistungen entstehen/geschaffen werden müssen, es gibt z.Z. noch keine konkreten Informationen vom Land.

Herr Senger fragt nach der Verfahrensweise zum Schülerticket – wie wird es sein, wenn die Kinder von zu Hause zu einer schulischen Veranstaltung gelangen, die außerhalb der Gültigkeit des Tickets liegt?

Herr Kogge sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Senger bemängelt zum Schülerticket, dass die Einsparung nicht nur für den städtischen Haushalt positiv sein sollte, es sollte der Anspruchskreis der berechtigten Schüler und Schülerinnen erhöht werden. Er fragt weiter nach, ob die Stadt gegenüber dem Landesverwaltungsamt den Wunsch geäußert hat, die Oberstufen der Gesamtschulen zusammenzulegen.

Herr Kogge antwortet sagt eine separate Antwort zu.

Herr Paulsen fragt zum Saline-Konzept, ob dieses Projekt für die Stadt finanzierbar ist. Mit welchen finanziellen Belastungen wird dabei gerechnet?

Herr Böhnke erläutert, das für dieses Konzept im Haushaltsplan Mittel angemeldet waren, diese wurden aber nicht genehmigt. Das Konzept muss so gut gestaltet werden, dass die Wirtschaft dafür gewonnen werden kann. Der Investor sollte dann auch eine organisatorische Aufgabe und Verantwortung übernehmen. Die Darstellung einer finanzierbaren Lösung ist die größte Herausforderung am Projekt. Dabei kommt es derzeit darauf an, inhaltliche und finanzielle Synergien herauszuarbeiten.

Herr Paulsen fragt nach der Bewerbung „Stadt der jungen Forscher 2012“. Er möchte wissen, warum der Stadtrat nicht darüber informiert wurde, dass die Stadt Halle ausgeschieden ist.

Herr Kogge erklärt, dass das Auswertungsgespräch erst am 28.2.2011 mit der Stiftung stattgefunden hat, seitdem ist der Stadt auch bekannt, woran es gelegen hat.

Herr Bauersfeld erklärt, dass es bereits gut sanierte Schulen in Halle gibt, er möchte wissen, welchem Bereich die IT-Anlagen zugeordnet sind und wo die Unterlagen/Dokumentationen zu finden sind.

Herr Bielecke informiert, dass diese Dokumentation im ZGM zu finden ist, die PCs und Serverschränke sind in der Verantwortung des Schulverwaltungsamtes und die Leitungen sind im Verantwortungsbereich des ZGM.

Herr Marquardt fragt nach dem diesjährigen Anmeldeverhalten für die weiterführenden Schulen.

Frau Dr. Radig antwortet, dass es ein noch laufender Prozess ist und noch keine abschließende Antwort gegeben werden kann.

Frau Stahs fragt der Möglichkeit, Internetzugänge in allen Klassenräumen (W-LAN) zu installieren, um beispielsweise mit einem Laptop in das Internet zu gelangen. In der heutigen modernen Welt sollte das doch möglich sein.

Herr Kogge nimmt die Frage zur Beantwortung mit.

Herr Schachtschneider fragt zum Objekt der GS Frohe Zukunft. Er möchte wissen, ob die GS Riesenklein ausziehen wird und wenn ja, wann?

Herr Kogge antwortet, dass die GS Riesenklein zum Ende des Schuljahres ausziehen wird. Das neue Domizil wird das jetzige Ausweichquartier der GS Diesterweg im Objekt Volkshochschule.

Herr Schachtschneider möchte wissen, wie die weiteren Planungen für das Objekt Frohe Zukunft aussehen.

Herr Kogge erläutert, dass das ehemalige Sekundarschulgebäude aufgearbeitet werden soll, es ist größer als das jetzige Gebäude.

Herr Hopfgarten fragt nach einer Lösung für den Speiseraum für die Grundschule, da das Sekundarschulgebäude keinen Speiseraum hat.

Herr Kogge antwortet, dass das eine Planungsfrage ist, die in diesem Rahmen erst gelöst wird.

Herr Marquardt fragt der Nutzung des Gebäudes der Diesterwegschule für die GS Riesenklein unter Brandschutzaspekten.

Herr Kogge antwortet, dass der jetzige Zustand dem neuen Träger bekannt ist.

Herr Senger fragt, ob die Nutzung der Sternwarte am neuen geplanten Standort des Planetariums noch möglich wäre.

Herr Kogge informiert, dass im Projekt eine digitale Sternwarte geplant ist und erläutert, wie diese Nutzung aussehen würde.

Herr Senger fragt nach der Jägerplatzschule. Er möchte wissen, wenn die Schule geschlossen wird, wie das Prozedere ablaufen soll. Ist geplant die Jägerplatzschule sofort zu schließen oder auslaufen zu lassen?

Herr Kogge wird die Frage zur Beantwortung mitnehmen.

Herr Paulsen merkt an, das es nicht sinnvoll ist, weiter mit dieser Vorlage (Fortschreibung der SEPI) zu arbeiten, er benötigt Informationen zu allen Förderschulen.

Herr Lange ist der Meinung, dass die Stadt bei diesem Sachverhalt eine hohe Machtposition besitzt. Die Stadt muss ein Signal geben, ob der Standort erhalten bleiben soll - das hat Herr Riethmüller so gesagt. Er möchte wissen, mit welchem Signal an das Landesverwaltungsamt herangetreten wurde und wie sich das Landesverwaltungsamt voraussichtlich positionieren wird.

Herr Kogge antwortet, dass Herr Riethmüller hat gesagt, dass er auf die Entscheidung des Stadtrates wartet.

Herr Dr. Diaby und **Herr Hopfgarten** verlassen 20:45 Uhr die Sitzung.

zu 9 Anregungen

Herr Lange möchte anregen, dass zu gegebenem Zeitpunkt ein Tagesordnungspunkt Sanierungsaufwand und Brandschutz auf die Tagesordnung zu setzen wäre, um diesen Sachverhalt umfassend zu behandeln.

Herr Lange bittet darum, bei den Kosten, die für die Saline entstehen können, transparent zu bleiben.

Herr Lange bitte um die Zahlen der Anmeldung an weiterführende Schulen. Er bittet darum, diese Zahlen schriftlich an die Stadträte geben.

Herr Marquardt bemängelt das Klima während der Ausschusssitzungen im Raum im Stadthaus, es ist kalt und zugig.

Herr Senger bittet den Zugang zum Programm Session für die sachkundigen Einwohner zu prüfen.

Herr Bauersfeld bittet der Transparenz wegen darum, die Daten für die einzelnen Schulen so aufarbeiten, dass es 1 Blatt pro Schule gibt.

Herr Schachtschneider bittet darum, die Mailanfragen der Bürger zu beantworten.

Herr Senger bemängelt, dass seit der Umgestaltung des Internetauftritts die Ämter nicht mehr detailliert dargestellt sind und somit keine konkreten Ansprechpartner mehr gefunden werden können.

Herr Bielecke erklärt, dass diese Änderung aus rechtlichen Gründen vorgenommen werden musste.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.10.11



Jana Bauer
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender